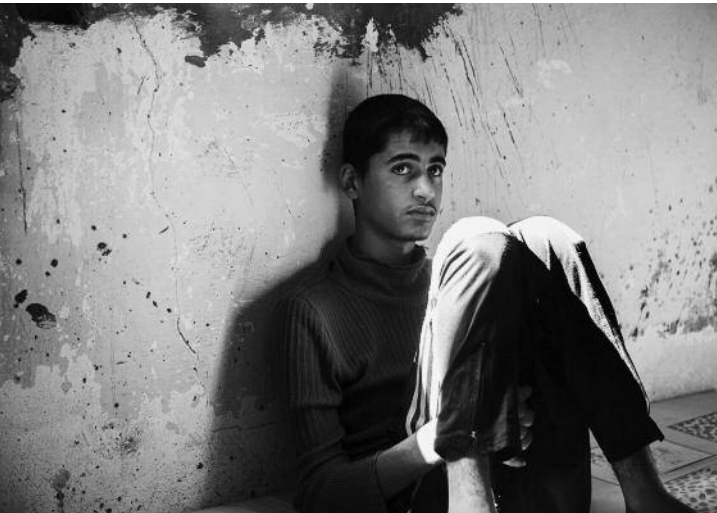


Irrwege und Lernprozesse

Menschen aus Syrien stellen im heurigen Jahr die größte Gruppe unter den AsylwerberInnen in Österreich. Zusätzlich wurde von der Regierung 500 Personen die Einreise direkt aus der Krisenregion erlaubt, die Hälfte im Rahmen eines Resettlement-Programms. Fehlende Planung verursachte Probleme und Enttäuschungen für die aufgenommenen. Aber es gibt auch positive Entwicklungen.

Von Herbert Langthaler.



Inzwischen sind laut UNHCR über drei Millionen Syrer und SyrerInnen außer Landes geflüchtet

In den letzten Wochen ist die Situation der syrischen Flüchtlinge durch den Vormarsch der jihadistischen Terrorarmee IS (Islamischer Staat) und der damit verbundenen Flüchtlingsbewegungen im Norden des Irak etwas aus dem Fokus der medialen Aufmerksamkeit gerückt. Doch steigen die Zahlen unvermindert: Inzwischen sind laut

UNHCR über drei Millionen Syrer und SyrerInnen außer Landes geflüchtet, 300 bis 450 stellten seit Oktober 2013 monatlich in Österreich einen Asylantrag. Bei einem Teil davon handelt es sich um Familienzusammenführungen, die meisten haben sich aber auf verschiedenen Wegen mit Hilfe von SchlepperInnen nach Österreich durchgeschlagen. Viele sind dabei mit knapper Not dem Tod entronnen.

Manche Flüchtlinge stellen allerdings gar keinen Asylantrag in Österreich. Immer wieder wurden Gruppen syrischer Flüchtlinge in aus Italien kommenden Zügen aufgegriffen und auf Grund eines bilateralen Abkommens mit Italien dorthin zurückgebracht. Da die Flüchtlinge eigentlich auf dem Weg nach Skandinavien oder Deutschland waren, wollten die meisten vermutlich keinen Asylantrag in Österreich stellen. Mit Gewissheit lässt sich das allerdings nicht feststellen, weil die am Brenner aufgegriffenen Flüchtlinge nach wie vor keine unabhängige Rechtsberatung angeboten bekommen.

Zügige Familienzusammenführungen

Wie lange die Asylverfahren dauern, lässt sich zurzeit nicht feststellen. Die Probleme bei den organisatorischen Neuerungen zu Beginn des Jahres haben nicht nur dazu geführt, dass im ersten Quartal kaum Verfahren geführt werden konnten, sondern auch dass es keine öffentlich zugänglichen Verfahrensstatistiken gibt.

Allerdings dürften die mit den Anlaufproblemen der neuen Behörde (Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl – BFA) verbundenen Verzögerungen nur zu einem geringen Teil syrische Flüchtlinge treffen: Spricht man mit KlientInnen oder BetreuerInnen, hört man, dass die Verfahren für syrische Flüchtlinge wieder sehr zügig abgewickelt werden. Für die meisten endet das Verfahren mit einem positiven Asylbescheid und – damit verbunden – der Möglichkeit Ehefrauen und minderjährige Kinder (die meisten Flüchtlinge, die allein nach Österreich gekommen sind, sind Männer) im Familienverfahren nachzuholen.

Auch hier kommt es verglichen mit anderen Herkunftsländern zu weniger Komplikationen und Verzögerungen, berichtet Daniel Bernhart, beim Österreichischen Rotes Kreuz für Beratung und Unterstützung im Familienverfahren zuständig. Asylberechtigte können für die Kernfamilie (EhepartnerInnen und minderjährige Kinder) sofort einen Antrag auf Familienzusammenführung stellen, subsidiär Schutzberechtigte erst nach einem Jahr. Das Rote Kreuz unterstützt sie dabei. Ein Antrag auf ein Visum zur Einreise nach Österreich kann unter Beibringung aller notwendigen Papiere (Heirats- und Geburtsurkunden etc.) in einer österreichischen Botschaft gestellt werden. Das kann manchmal lange dauern, nicht nur weil Flüchtlinge aus manchen Herkunftsländern nicht über die verlangten Papiere verfügen, sondern auch

weil die bürokratischen Hürden relativ groß sind.

Bei den Flüchtlingen aus Syrien ist das, wie Bernhart erzählt, besser. „Es ist sehr hilfreich, dass die Flüchtlinge aus Syrien Erfahrungen mit der Bürokratie haben. Manche KlientInnen kommen schon mit allen notwendigen Papieren zur Beratung.“ Es werden auch die Angaben der Flüchtlinge von den Behörden weniger häufig in Frage gestellt und die Verfahren dauern weniger lange: In einzelnen Fällen sogar nur zwei Monate – in der Regel werden die Verfahren innerhalb von vier bis acht Monaten vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (positiv) abgeschlossen. Insgesamt haben seit 2011 insgesamt 651 Personen aus 209 Familien beim Roten Kreuz Hilfe bei ihren Familienverfahren gesucht, wobei der Großteil der Familienzusammenführungen 2013 und im laufenden Jahr organisiert wurde – mit steigender Tendenz.

Ein Nadelöhr war in den letzten Monaten das Rote Kreuz selbst, wo die Flüchtlinge manchmal bis zu zwei Monate auf einen Erstberatungstermin warten mussten. Das wird sich durch die Verstärkung der Teams in Wien, aber auch in einigen Bundesländern, jetzt ändern, sodass die unerträgliche Trennung für die Familien schneller beendet werden kann. Die größte Sorge während des Asylverfahrens ist für viele, dass sie nicht Asyl, sondern nur subsidiären Schutz bekommen und sich die Möglichkeit für eine Familienzusammenführung daher um ein Jahr verzögert.

Die Finanzierung der Familienzusammenführung stellt zwar eine erhebliche Hürde dar, doch gelingt es, auch wenn es keine finanziellen Rücklagen gibt, meist das Geld von Verwandten oder Bekannten auszuborgen. In besonders schwierigen Fällen kann auch das Rote Kreuz helfend

einspringen. Allerdings können bei einem Jahresbudget von € 8.000 für Reisekosten nur wenige Familien unterstützt werden.

Endlich angekommen

Ein Jahr nach der Ankündigung des damaligen Außenministers Michael Spindelegger sind jene 250 syrischen Flüchtlinge, die direkt aus Jordanien einreisen durften, nun tatsächlich im Land. In den letzten Wochen wurden nun auch Strukturen geschaffen, die für die Betreuung und erste Integrations-schritte dieser Menschen sorgen sollen.

Draußen in Simmering, wo die Stadt zwischen Glashäusern, Kläranlage und Stadtautobahn ausfranst, liegt ein weiträumiges Areal, bestehend aus einer alten Kaserne, Baracken und einem erst vor wenigen Jahren errichteten Neubau. Als Macondo, wie jener fiktive Ort, aus Gabriel García Márquez's Roman Hundert Jahre Einsamkeit, kennt man diesen seltsam zeitlosen Ort. Hier leben Flüchtlinge aus

jeder „Generation“ aus Ungarn, Chile, vietnamesische Boatpeople, Bosnien und Tschetschenien – und jetzt eben aus Syrien – nebeneinander.

Eine ältere syrische Frau weist uns den Weg zum Büro der Diakonie Flüchtlingsdienst, das sich seit einigen Wochen im Erdgeschoß des neuen Trakts befindet. Zwei der 25 hier angesiedelten syrischen Familien warten schon auf uns. Bei Tee und Keksen erzählen sie uns ihre Erfahrungen mit dem österreichischen Resettlement-Programm. Der Lehrer Jamal Alshhadh mit seiner Frau und fünfjährigen Tochter und Hamed Amtair, der in Syrien zuletzt als LKW-Fahrer gearbeitet hatte, mit seiner Frau und zwei Kindern, sind froh, hier eine Bleibe und in den freundlichen KollegInnen der Diakonie kompetente Ansprechpersonen für alle in der neuen Heimat auftauchenden Fragen gefunden zu haben. Eines ist für alle klar: Zurück nach Syrien wollen und können sie nicht.

Beide Familien waren bereits 2011 nach Jordanien geflüchtet. Dort lebten sie in informellen Lagern oder viel zu teuren Privatquartieren, regelmäßige Arbeit war nicht zu finden, die Angst vor der Rückschiebung nach Syrien bestimmte den Alltag. Zukunftsperspektive gleich null.

In Europa oder den USA neu anzufangen wurde zum Ziel, das sie konsequent verfolgten: Bei UNHCR waren die Familien seit längerem registriert, der Wunsch nach baldiger Ausreise wurde dort immer wieder vorgetragen. Der Weg zu den diversen Botschaften wurde zu einer regelmäßigen Routine. Meist war es nicht einmal möglich einen Antrag einzubringen. Sich einem Schlepper anzuvertrauen, kommt für die Familien nicht in Frage, in erster Linie aus finanziellen Gründen. Man will aber auch als Familie zusammenbleiben. Schließlich kamen von UNHCR Einladungen zu einem



In Jordanien lebten sie in informellen Lagern regelmäßige Arbeit war nicht zu finden, die Angst vor der Rückschiebung nach Syrien bestimmte den Alltag.

ausführlichen Interview und drei Monate später die Verständigung, dass die Ausreise nach Österreich im Zuge des Resettlement-Programms möglich sei.

Für Familie Amtair war es am 21. Mai 2014 soweit. Die International Organization for Migration (IOM) hatte die Reise organisiert, und begleitete sie zum Flughafen. In Österreich angekommen wurde die Familie umgehend in die Erstaufnahmestelle nach Traiskirchen gebracht. Die Erwartungen auf eine freundliche Aufnahme wurden allerdings herb enttäuscht, erzählt uns Herr Amtair: „Hier haben wir den Eindruck bekommen, dass gar nichts für uns vorbereitet worden war. Wir mussten über ein Monat mit einer zweiten Familie das Zimmer teilen. Informationen, wie es mit uns weiter gehen wird, haben wir nicht bekommen.“ So groß die Freude war, aus Jordanien entkommen zu sein, so groß war auch die Enttäuschung während der Wochen im Lager Traiskirchen. „Wir haben zwar schnell unsere Papiere bekommen, aber das war es dann auch. Im Deutschkurs haben wir immer nur das Gleiche gehört. Es war ein bisschen wie in einem Gefängnis, hauptsächlich gab es Vorschriften und Verbote.“

Auch für Familie Alshhadh war die erste Station Traiskirchen, wo die verunsicherte Familie eine neunstündige Aufnahme-prozedur durchlaufen muss. „Wir konnten uns das nicht erklären, wir hatten wirklich Angst, dass wir wieder nach Jordanien zurück müssen. Der Aufenthalt im Lager dauerte genau 15 Tage, dann wurden sie in ein Grundversorgungsquartier im niederösterreichischen Amaliendorf, nahe der tschechischen Grenze gebracht. „Es war dort ein bisschen wie auf einer einsamen Insel.“ Die Familie muss das Einfamilienhaus mit einer zweiten syrischen Familie teilen, deren Kinder schwere psychische

Probleme haben. „Der eine Bub hat unsere Tochter gebissen, danach habe ich mich nicht mehr getraut, sie alleine zu lassen“, erzählt Frau Alshhadh. Für Busfahrten in die nächste Stadt gibt es eine Monatskarte, die sich die Familien teilen müssen. Inzwischen kann man über die damalige Situation schon wieder lachen: „Es war so dunkel dort, dass man in der Nacht nicht hinausgehen konnte“, erinnert sich Herr Alshhadh kopfschüttelnd.

Herr Alshhadh beschwert sich bei der mobilen Sozialbetreuung der Diakonie, die ihm auch nicht helfen kann, etwas an der Situation zu ändern. Dann beginnt er auf eigene Faust in ganz Niederösterreich die Suche nach einer geeigneten Wohnung. Die vielen Fahrten kreuz und quer durch Niederösterreich und immer wieder zurück auf die „einsame Insel“ in Amaliendorf verbrauchen die letzten finanziellen Reserven. Endlich informiert die Diakonie die Alshhadhis, dass es eine Möglichkeit gibt, in Wien eine Wohnung zu bekommen. Am 26. Juni 2014 ist es dann so weit, der für drei Jahre befristete Mietvertrag kann unterschrieben werden.

Integration als Teil des Resettlements

Zum Glück sind die Mitglieder der beiden Familien, anders als viele andere Flüchtlinge, die im Rahmen des Resettlement Programms gekommen sind, in guter gesundheitlicher Verfassung und können sich auf berufliche Perspektiven und den Aufbau sozialer Netze konzentrieren. Die Kinder können im Hof der Simmeringer Wohnanlage herumtollen und haben sich schon mit Gleichaltrigen angefreundet. Die Sprache zu lernen nennen beide Familien als den wichtigsten ersten Schritt in ihre österreichische Zukunft. Hamed Amtair will, wenn er seinen syrischen LKW-Führerschein anerkannt bekommen hat,

versuchen einen Job als Busfahrer zu bekommen, Frau Amtair hat in Syrien als Grundschullehrerin gearbeitet und möchte, sobald sie gut genug Deutsch kann, ein Praktikum als Hortbetreuerin oder Kindergärtnerin machen. Auch Herr Alshhadh würde gerne wieder als Lehrer arbeiten, aber kann sich auch vorstellen, eine weitere Ausbildung zu machen.

Insgesamt konnten 25 Familien und drei Einzelpersonen im „Macondo“ in Wohnungen untergebracht werden. Hier kommen sie jetzt auch erstmals in den Genuss einer strukturierten, auf ihre Bedürfnisse abgestimmten Betreuung. Im Büro des Diakonie Flüchtlingsdienstes finden Informations- und Beratungsgespräche statt. Bald sollen in einer zweiten Räumlichkeit Deutschkurse auf vier verschiedenen Niveaus starten. Neben allgemeinen Informationen und Unterstützung bei der Bewältigung von Anträgen gibt es auch spezifische Bildungs- und Berufsberatung. Craina Pachler, die Projektleiterin, freut sich schon darauf, wenn alle Angebote auch wirklich laufen. „Die KlientInnen sind sehr motiviert, stellen viele Fragen, welche Möglichkeiten sie haben“. Finanziert wird das Integrationsprojekt aus Mitteln des EU-Resettlement-Fonds. Neben der Diakonie ist auch die Caritas in das Projekt eingebunden und kümmert sich um Flüchtlinge, die nicht in der Wohnanlage in Simmering leben.

Bereits im Mai hatte die Innenministerin verkündet, dass weitere 1.000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen werden sollen. 600 werden von UNHCR nach Kriterien der besonderen Schutzbedürftigkeit ausgewählt, für 400 mit familiärer Anbindung in Österreich konnten Verwandte im Juni einen Antrag stellen. Kriterien dafür waren – neben besonderer Schutzbedürftigkeit – die bereits zwischen April 2011 und Mai 2014 erfolgte Flucht in ein Nachbarland

Syriens und Familienangehörige mit einem dauernden Aufenthaltsstatus in Österreich. Zurzeit werden die Anträge noch vom Innenministerium geprüft, aber schon Ende September sollen die ersten Begünstigten einreisen.

Besser gerüstet für neue Programme

Das Resettlement-Programm des UNHCR wird wahrscheinlich erst in einigen Monaten anlaufen, zurzeit werden vor Ort Flüchtlinge ausgesucht, die von den USA aufgenommen werden sollen, erst dann gibt es wieder Kapazitäten für Kontingente anderer Länder. Aus den Erfahrungen des ersten Programms glauben alle beteiligten Organisationen gelernt zu haben. UNHCR möchte die Flüchtlinge noch in der Herkunftsregion besser darauf vorbereiten, was sie in Österreich erwartet und auch das Innenministerium strebt mehr Transparenz bei der Auswahl der Flüchtlinge an.

Das fehlende Integrationsprogramm hat sich bisher als größtes Problem für die Betroffenen erwiesen. Die Idee, Flüchtlinge aus dem Resettlement-Programm in der Grundversorgung sozusagen zwischenzuparken, löste bei den Flüchtlings-NGOs, die bereits vor einigen Jahren ein Konzept für ein Resettlement-Programm ausgearbeitet haben, Kopfschütteln aus. Hier möchte man auch in der zuständigen Integrationsabteilung des Außenministeriums für das neue Programm besser vorbereitet sein.

Michael Girardi, zuständiger Abteilungsleiter im BMEIA führt die Probleme, die es bei dem ersten Resettlement-Programm für syrische Flüchtlinge gab, darauf zurück, dass es dafür keinen institutionalisierten Prozess gab. Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF), der ursprünglich für solche Aufgaben gegründet worden war, habe inzwischen andere Aufgaben

übernommen, also musste ein Integrationsprojekt ausgeschrieben werden. Dies hatte, so die Vorgaben der EU für die Vergabe von Projekten über € 200.000, europaweit zu erfolgen, was zu weiteren Verzögerungen geführt habe. Die Ausschreibung war noch über das BMI erfolgt und daher liege die finanzielle Verantwortung und Abwicklung auch noch dort.

Klar ist, dass für die zweite Gruppe aus Syrien die Wohnungs-Frage ein zentrales Problem darstellen wird. Lösen können das letztendlich nur die Länder und Gemeinden, die zumindest zum Teil über öffentlich geförderten Wohnraum verfügen können. Um auf diese Aufgabe besser vorbereitet zu sein, gab es am 19. September 2014 ein Treffen der verantwortlichen BeamtInnen aus den Ländern.

Girardi spricht in diesem Zusammenhang auch ein anderes Thema an: Bei der Wahl des Wohnortes spielt auch eine Rolle, ob andere angebotene Maßnahmen (von Deutschkursen bis zu Berufsvorbereitung) erreichbar sind. „Was nutzt eine schöne Wohnung in einer abgelegenen Gegend, wenn dann Kurse nicht besucht werden können.“

Die Finanzierung zukünftiger Integrationsprojekte für Resettlement-Flüchtlinge wird über den AMIF (Asylum, Migration & Integration Fund) laufen. Vorgesehen ist hier eine der Mittelvergabe durch das EU-Resettlement-Programm ähnliche Vorgangsweise: Die Mitgliedsstaaten geben eine Anzahl aus den von UNHCR für Resettlement-Maßnahmen ausgesuchten Flüchtlingen an, die innerhalb der nächsten beiden Jahre aufgenommen werden sollen. Für diese gibt es eine Pauschalsumme von € 6.000 pro Flüchtling, bzw. € 10.000 für Personen aus Gruppen, die von der EU als für Resettlement prioritär festgelegt werden.



Aus den so von Österreich lukrierten Mitteln – zu denen noch 20 % – nationale Mittel dazukommen müssen, werden vom BMI der UNHCR (Auswahlprozess) und IOM (Transport) für ihre Leistungen bezahlt. Der Rest steht für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung. Genaue Kosten dafür sind schwierig zu benennen, meint Abteilungsleiter Girardi. Durch die Finanzierung über den AMIF erspare man sich jedenfalls die mühsame EU-weite Ausschreibung. Ende September wird es den Aufruf für die Einreichung von Projekten aus den Mitteln des AMIF geben. Im Dezember sollten dann die zu finanzierenden Projekte ausgewählt werden.

Ob es unter diesen Rahmenbedingungen möglich sein wird, ein Resettlement-Programm vergleichbar dem in skandinavischen Staaten zu entwickeln, wird sich zeigen. Um zu einem nachhaltigen Resettlement-System zu kommen, bedarf es aber eines klaren Bekenntnisses der Politik dazu, auch in Zeiten, in denen es (hoffentlich) keine akuten Krisen gibt, Resettlement anzubieten.

Ob es unter diesen Rahmenbedingungen möglich sein wird, ein Resettlement-Programm vergleichbar dem in skandinavischen Staaten zu entwickeln, wird sich zeigen.